

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringenlohn monatlich 1.90 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Ostereisch-Lungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 102. Dresden, Freitag den 3. Mai 1918. 29. Jahrg.

Ablehnung des gleichen Wahlrechts. - Ukrainischer Umsturz.

Eine Verhöhnung des Volkes

Was zu erwarten war, ist eingetreten. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hat das gleiche Wahlrecht abgelehnt und die von der Kommission vorgeschlagenen Bestimmungen über ein Stimmrecht angenommen. Dieser Beschluss ist eine Verhöhnung des deutschen Volkes. Während die Klassen schwer kämpfen und leiden, wollen ihnen die Vertreter der Kriegsgewinnler und Kriegsnutnießer das gleiche Wahlrecht vorenthalten. Die Schwächsten des Großkapitalismus, dass in diesem Kriege infolge der Leuerung Geschäfte gemacht hat wie noch nie, und die Freunde der Großindustrie, von deren reichlichen Gewinnen die hohen Dividenden unserer Aktiengesellschaften täglich Zeugnis ablegen, wollen, dass noch wie vor die bestehenden Klassen weitgehende Privilegien behalten. Es hört sie dabei nicht, dass Leute, die während des Krieges im Trockenen saßen, begünstigt werden, und viele andere, die tagaus tagein jahrelang ihr Leben aufs Spiel setzen mussten und die inzwischen ihr Hab und Gut verloren, entrechtet werden. Es hört sie dabei nicht, dass während des Krieges im Trockenen saßen, begünstigt werden, und viele andere, die tagaus tagein jahrelang ihr Leben aufs Spiel setzen mussten und die inzwischen ihr Hab und Gut verloren, entrechtet werden.

Einmarsch ins Donez-Gebiet.

(M. T. S.) Kmitlich, Großes Hauptquartier, den 3. Mai 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Am den Schindelfronten lebte der Artilleriekampf in einzelnen Abschnitten auf. Starker Feuerwirkung leisteten feindliche Teilangriffe südlich von Hilsers-Brezenneuz und auf dem Westufer der Nere. Im Westen machten wir Gefangene. Im übrigen beschränkte sich die Infanterie auf Erkundungen.

Am der istrinischen Front hielt regere Tätigkeit des Feindes an.

Osten:

Ukraine:
Aus der Linie Zlatopol-Dnipro-Charfow sind wir in das Donez-Gebiet einmarschiert. Am Kwonischen Meer haben wir Loganzog besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

eine Hälfte der Nationalliberalen, während die andere Hälfte der Nationalliberalen mit der großen Mehrheit des Zentrums, den Fortschrittler, Polen, den beiden sozialdemokratischen Fraktionen und Tünen für das gleiche Wahlrecht stimmten. Vom Zentrum gaben nicht weniger als 16 Mitglieder ihre Stimme gegen das gleiche Wahlrecht ab. Es sind dies die Herren: Graf Droste zu Hülshoff, Graf Tschammerdorf, Kleuter, von dem Hagen, Graf Fendell von Donnermark, Freiherr v. der, Lorenz, Reinhard, Freiherr v. Reichenstein-Bilgramsdorf, Graf Spee, Graf Stradwitz-Barthelemy, Graf Stradwitz-Barthelemy, Freiherr v. Wolff-Metternich, Graf Hiesher und Probstmann. Außerdem haben sich vom Zentrum die Herren Fritzen, Underberg, Dr. Boenisch und Blum der Abstimmung enthalten.

Die „Sicherungsanträge“ des Zentrums.

Das Zentrum hat nunmehr die angeforderten Anträge zur „Sicherung gegen radikale Folgen des gleichen Wahlrechts“ eingereicht. Danach soll jede Veränderung der Wahlkreis-einteilung, der Bestimmungen über die Rechte der Kirchen und über den konfessionellen Charakter der Volksschule nur möglich sein, wenn in beiden Kammern des Landtages eine Zweidrittelmehrheit dafür ist. Wie das B. L. ausführt, würde die Annahme der Zentrumsanträge das Abgeordnetenhaus zur völligen Ohnmacht, zu einem bloßen Scheinparlament verurteilen. Wenn man bedenkt, dass den einzelstaatlichen Landtagen in der Gesetzgebung gegenüber den Kompetenzen des Reichstages in der Gesetzgebung nur die Kirchen- und Schulfragen, die Beschäftigung des Staats, die Einkommensteuer und gewisse Verleumdungs-verurteilungen sind, so wird man sich sagen müssen, dass diese Zentrumsanträge den preussischen Landtag praktisch von jeder gesetzgeberischen Arbeit ausschließen, seine Befugnisse nur auf allerhand Nebenangelegenheiten beschränken und selbst sein Einverständnis untragbar beschränken würden. Das gleiche Wahlrecht, das das Zentrum dafür anhängig aufgestellt hat, wäre dann nur ein leerer demokratischer Deklamationsstich ohne jeden realen Wert.

werkloses Stück Papier. Was nach dem Kriege darf unter keinen Umständen die Lösung der Wahlrechtsfrage verlagert werden. Die Massen des deutschen Volkes würden nicht daran glauben, dass man ihnen das Versprechen, wenn man seine Erfüllung hinausschiebt, noch halten wird. Das deutsche Volk hat in seiner Geschichte oft genug erleben müssen, dass man ihm in der Zeit der Not die schönsten Versprechungen machte und dann nicht hielt. Außerdem tut uns die Einführung des gleichen Wahlrechts jetzt während des Krieges bitter not. Den Massen eines Volkes, das so Schmerz zu ertragen hat, muß das Bewußtsein genommen werden, daß sie zurückgelehnt und entrechtet sind. Und dann haben wir, wenn wir den Krieg zu einem für das deutsche Volk guten Ende bringen wollen, auch mit den Gefühlen und Empfindungen der anderen Völker zu rechnen. Aber im Ausland soll unserer Regierung trauen, wenn sie die dem eigenen Volke gegebenen Versprechungen nicht hält. In allen Ländern, mit denen wir zu kämpfen und Frieden zu schließen haben, haben wir demokratische Einrichtungen. In Großbritannien sind während des Krieges demokratische Fortschritte durchgeführt worden. Mit Recht sagte der Nationalliberale Otto, der an sich kein begeisterter Freund des gleichen Wahlrechts ist, gestern im Landtag: „Deutschland und Preußen dürften sich nicht isolieren.“ Es wird uns um so eher gelingen, das Vertrauen, das in der Welt gegen unser Land besteht, zu zerstören, wenn die Völker sehen, daß auch bei uns die Demokratie Fortschritte macht, und daß die Zeit vorbei ist, wo eine gewalttätige Herrenklasse die Herrschaft über unser Volk besaß. Deswegen darf mit der Durchsetzung des gleichen Wahlrechts nicht mehr gesäumt werden. Tut die Regierung nicht alles, um dem gleichen Wahlrecht in Preußen zum Siege zu verhelfen, so kann das dem deutschen Volk unabsehbare Schäden bringen.

Ein Antrag auf Einführung der Verhältniswahl.

Ein nationalliberaler Antrag auf Einführung der Verhältniswahl ist im Abgeordnetenhaus eingebracht, unterstützt von allen Mitgliedern der Reaktion. Danach sollen eine Reihe Wahlkreise des Ostens und des industriellen Westens zur Durchführung der Verhältniswahl zusammengelegt werden.

Die Mehrheit der Wahlrechtsgegner.

Die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht beträgt jetzt 52 Stimmen. Die Wahlrechtsgegner rechts und die Wahlrechtsfreunde links sind in ziemlich gleichstarken Heerhaufen angetreten. Den Ausschlag gegeben haben die 33 Nationalliberalen und 15 Zentrumsmitglieder, von denen schon bekannt war, daß sie gegen das gleiche Wahlrecht stimmen würden. Auf sie werden sich nun alle Anstrengungen der Regierung richten, um sie aufzustimmen, und es läßt sich gar nicht absehen, welche Demütigungen die Regierung nun noch auf sich nehmen will, um dieses ihr Ziel zu erreichen. Sehr fraglich bleibt aber, ob ihr das alles helfen wird. Für die Nationalliberalen und die Zentrumsmitglieder ist das gleiche Wahlrecht schließlich unannehmbar, weil sie geschworene Gegner jedes demokratischen Fortschritts sind. Das Angebot von „Sicherungsanträgen“ kann daran wenig ändern. Die Regierung läuft somit Gefahr, alle möglichen Ansehensverluste zu machen, die jedes Vertrauen zu ihr erschüttern, mit dem schließlichen Verlust, daß das gleiche Wahlrecht in der besten Lösung abermals abgelehnt wird, nur vielleicht mit einer kleineren Mehrheit als in der zweiten. Wenn sie dann Regierungserneuerungen nach zur Auflösung schiebt, so wird ihre Stellung viel schwächer sein, als wenn sie sich schon jetzt zu einer entschlossenen Tat aufgerafft hätte.

Eine neue ukrainische Regierung.

In Kiew vollziehen sich wieder einmal politische Umwälzungen. B. L. berichtet, daß Bauerndelegierte die alte Rada gestürzt haben. Der Berliner Lokalanzeiger meldet dazu: Nach Meldungen aus Kiew ist die dortige Rada durch das Eingreifen von Bauernparteiern, die in der Hauptstadt eingetroffen waren, gestürzt worden. Die Bildung eines neuen Ministeriums ist im Gange, an dessen Spitze General Skarobaski stehen dürfte. In diesen Vorgängen ist die deutsche Militärverwaltung völlig unbeteiligt geblieben. Die verhafteten Mitglieder der bisherigen Regierung wurden mittlerweile wieder in Freiheit gesetzt. Nach weiteren Räderbewegungen ist es im Falle der Regierungstürzung in Kiew zu Kämpfen zwischen den streitenden Parteien gekommen. Die deutschen Truppen hätten sich nicht daran beteiligt. Die neue Regierung habe sofort erklärt, daß sie sich auf den Boden des Prest-Litowster Friedens stelle. Da die verhafteten Mitglieder der nunmehr gestürzten Regierung wieder freigelassen wurden, scheinen also ausreichende Unterlagen, die die Verhaftung hätten rechtfertigen können, zu fehlen. Ueber all das, was sich in letzter Zeit in der Ukraine abspielt hat, wird der Reichstag nächste Auffklärung fordern müssen.

Was wird nun weiter geschehen?

Die Regierung will zunächst den Landtag noch nicht auflösen. Sie will zwischen der zweiten und dritten Lesung hindurchhinken und hofft, daß es ihr noch möglich sein wird, mit der Mehrheit des Dreiklassenhauses eine Verständigung zu erzielen. Sie wird allerdings höchstens dann darauf rechnen dürfen, daß ein Teil der Mehrheitsparteien nachgibt, wenn sie unabweislich erkennen läßt, daß sie eventuell den Landtag auflösen will. Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Friedberg, hat im Landtag erklärt, daß seiner Meinung nach der Kriegszustand kein Grund ist, um unter allen Umständen eine Auflösung zu vermeiden, weil, wie er mit Recht sagte, die Mehrheit der Abgeordneten nicht dagegen haben würde, wenn man ihr Wahlrecht erweiterte.

Der gestürzten Regierung ist schwerlich ein Nachruf zu wünschen.

Der gestürzten Regierung ist schwerlich ein Nachruf zu wünschen, da sie von vornherein kein Programm vor sich hatte. Sie hat die Verhältnisse nicht zu verstehen gewußt, weil man nicht die Rechte der Bevölkerung hand in hand mit der Rada, auf der das Centrum lastete, zu ihrer Herrschaft bringen und Land neu zu haben. Die neue Regierung anzusehen und ob sie nicht besser hat haben wird, als die alte, ist ebenfalls noch fraglich. Hoffentlich erhält sie von allem die erwünschten Abmachungen, die die alte Rada den Parteien gegenüber einging.

Gegen das gleiche Wahlrecht stimmten geschlossen die Konfessionisten.

Gegen das gleiche Wahlrecht stimmten geschlossen die Konfessionisten, außerdem die Freikonfessionisten mit Ausnahme der Abg. Dr. Wagner, Dr. Krensch, Dr. Krensch, Dr. Krensch, Dr. Krensch, der auch für das gleiche Wahlrecht ist, sagte, und Abg. v. Krensch, der ebenfalls aus der freikonfessionellen Fraktion ausgetreten ist, hat für das gleiche Wahlrecht gestimmt. Außerdem stimmten dagegen die

ber... aus... arole... zu... lier... at im... daß... fann... lische... alju... Mo... linoi... teten... eblüt... metal...

gramm... namen... hrend... lungen... Pol... hat im... hat: ... hat: ... be... des... en mit... Sühelm... (Qu... Die... Analyse... Ebnac... en Wo... nd Ko... gungen... Summe... terie... 7 59966... 8 57999... 8 14190... 2 65244... 2 98492... 5 12435... 4 29375... 8 45788... 4 64400... 8 84473... 102014... 7 13254... 8 28150... 5 98074... 1 80221... 0 78491... 8 90805... 78 09923... Sach... Ra... den u... 7... 27... steil... Heil... Art... mor klar... sofort ab... ab La... str. 32... 18554... münsteil... Baden... 2.1... Berte... 10...